

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 27.10.2005 um 18.35 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Sagol (für Stadträtin Dr. Endres-Paul)
2. Bgmin. Gold
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Heisel

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein
Stadtrat Schardt

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller
Stadtrat Schmidt
Stadtrat May

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger
Dipl.-Ing. Lepelmann
Oberamtsrat Schwarz (Ziffer 2 u. 3)
Dipl. – Ing. Rützel (Ziffer 1)
Dipl. – Ing. Kruckow (Ziffer 1)
Dr. Kellerbauer (Ziffer 1)
Dipl. – Ing. Hein (Ziffer 4 - 6)

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Als Gäste: Stadtrat Konrad
Stadtrat Mahlmeister
Stadträtin Richter
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadträtin Schmidt

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Rank

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

1. Solebrunnen Reupelshof

- A. Herr Dr. Kellerbauer vom Ingenieurbüro Müller + Hereth für Tunnel und Felsbau GmbH geht auf den Sachverhalt ein. Seiner Meinung nach sei eine Sanierung an dieser Stelle problematisch und vom Stand der Technik her nicht mehr zielführend. Die beste Lösung sei es, die Verunreinigung zu entfernen, den Brunnen zu verplomben und an andere Stelle einen Brunnen für die Sole zu bohren. Er erklärt weiter, wie die Gewinnung von Sole (beim alten Brunnen durch das Grundwasser und beim neuen Brunnen durch Leitungswasser) vonstatten gehen könne.

Die Stadträte sprechen sich allesamt für eine Verplombung und das Bohren eines neuen Brunnens aus, da es kostenmäßig gleich sei.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausgiebig über das weitere Vorgehen hinsichtlich der Schadensabwicklung.

Rechtsrätin Schmöger bittet zu beachten, dass vor der Verplombung zunächst der Status Quo festgestellt werden müsste, um die Position der Stadt Kitzingen nicht zu verschlechtern (Veränderung der Beweislage). Ihrer Meinung nach sollte zunächst mit der BIMA und den US-Streitkräften eine einvernehmlichen Einigung (ggf. gemeinsamer Gutachter) gefunden werden. Gelingt dies nicht, wäre der nächste Schritt die Durchführung eines Beweissicherungsverfahrens.

Nach kleineren Modifizierungen im Beschlusssentwurf bittet Oberbürgermeister Moser hierüber abzustimmen. Es sagt zu, über zwischenzeitliche Ergebnisse zu berichten.

B. **Mit 12 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es wird ein neuer Solebrunnen gebohrt.
3. Das Ingenieurbüro Müller + Hereth für Tunnel- und Felsbau GmbH, Freilassing erhält den Auftrag für die Planung.
In Abstimmung mit der BIMA und den US-Streitkräften ist hinsichtlich einer einvernehmlichen Einigung über die bestehenden Schadenslage ein Gespräch zu führen, mit dem Ziel eine Einigung herbeizuführen.
4. Sollte dies nicht gelingen ist ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen.
5. Die erforderlichen Mittel werden im Haushalt bereitgestellt.

2. Information von Oberamtsrat Schwarz

Stellungnahme der Verwaltung zum Eilantrag der UsW vom 06.10.2005

Beseitigung des Unfallschwerpunktes auf der B 8 v. 04.10. bis 29.10.2005

- A. Oberamtsrat Schwarz nimmt ausführlich zu den einzelnen Fragen der UsW-Fraktion hinsichtlich der Teilspernung der B 8 in Richtung Kitzingen Stellung. Abschließend weist er darauf hin, dass die Feinschicht am 05.11.2005 aufgebracht werde, wozu eine Vollsperrung nötig sei.

Stadtrat Schardt sowie Stadtrat Müller sprechen beide ihren Unmut über die Vorgehensweise des Straßenbauamtes aus. Für die Zukunft wünschen Sie sich einen besseren Informationsfluss sowie eine bessere Koordination.

Oberbürgermeister Moser berichtet, dass das Straßenbauamt bereits signalisiert habe, dass die Umsetzung der Maßnahme sehr kurzfristig gewesen sei.

B. Ohne Abstimmung

Die Informationen von Oberamtsrat Schwarz werden zur Kenntnis genommen.

3. LKW-Verkehr auf der B 8 nach Einführung der LKW-Maut

- A. Oberamtsrat Schwarz geht ausführlich auf den Sachverhalt ein. Seiner Meinung nach ist es nicht sinnvoll, einen Arbeitskreis einzuberufen. Er geht kurz auf die Problematik hinsichtlich der Erweiterung der LKW-Maut auf Bundesstraßen ein. Er hält es für sinnvoll, zunächst die Gesetzesinitiative bezüglich des neuen Verkehrszeichens abzuwarten und im Anschluss seitens der Stadt Kitzingen aktiv zu werden.

Rechtsrätin Schmöger geht kurz auf die rechtliche Situation ein und bestätigt die Aussage von Oberamtsrat Schwarz, zunächst die Einführung des Verkehrszeichens abzuwarten.

Stadtrat Müller bittet aber trotzdem, dass sich die Stadt Kitzingen gemeinsam mit anderen Gemeinden für eine schnelle Einführung des Verkehrszeichens einsetzt.

Oberamtsrat Schwarz denkt zwar, dass die Bestrebungen schnell vorangehen werden, sagt aber zu, auf die Gemeinden entlang der B 8 nochmals zuzugehen, mit der Bitte, das Verfahren analog der Stadt Kitzingen zu unterstützen.

B. Ohne Abstimmung

Es besteht Einverständnis damit, zunächst die Einführung des neuen Verkehrszeichens abzuwarten. Um dies zu beschleunigen, werden die B 8 Gemeinden nochmals angeschrieben, mit der Bitte um Unterstützung.

4. Dorferneuerung Etwashausen, Straßenbau Belasteter Aushub in der Mainbernheimer Straße

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß berichtet kurz über den Sachverhalt, wozu Dipl. – Ing. Hein präziser auf die Kosten und auf die Belastungen eingeht.

Stadtrat Müller möchte wissen, was die Ursache hierfür sein könne und ob jemand haftbar gemacht werden könnte.

Dipl. – Ing. Hein teilt mit, dass diese zum damaligen Zeitpunkt (Bau der Straße) als Staatsstraße gewidmet war.

Stadtrat Schardt konkretisiert, dass diese bis 1994 Staatsstraße gewesen sei und im Rahmen der Ortsumgehung Etwashausen abgestuft worden ist. Er hält es daher für sinnvoll, den Baulastträger in die Verantwortung zu nehmen.

Oberbürgermeister Moser sagt einer Prüfung zu.

Rechtsrätin Schmöger erklärt hinsichtlich der möglichen Umlegung auf die Bürger, dass man laut Erschließungsbeitragsrechts diese schon auf die Bürger umlegen könne. Sie ergänzt, dass dies bei nichtgeschehen dementsprechend begründet werden müsste.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß möchte die Kosten nicht umlegen und gibt sich zuversichtlich, hierfür eine geeignete Begründung zu finden.

Berufsmäßige Stadtrat Rodamer teilt die Bedenken von Rechtsrätin Schmöger, da bei Nichtabschöpfung der gesamten Einnahmemöglichkeit, das Landratsamt Kitzingen - im Rahmen der Haushaltsvorlage - dies beanstanden könne und auch bei Zuschusszusagen der Regierung von Unterfranken ein geringerer Prozentsatz zu befürchten sei.

B. Mit 12 : 0 Stimmen

1. Von der Kostenerhöhung durch den belasteten Erdaushub wird Kenntnis genommen.
2. Die Deponiegebühren sind von der Stadt Kitzingen alleine zu tragen.
3. Die durch den belasteten Aushub bedingten Mehrkosten werden **nicht** auf die Anlieger umgelegt, vorausgesetzt dies lässt sich abgaberechtlich begründen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die mögliche Haftung zu klären.

5. Vollzug des Denkmalschutzgesetzes
Stadtmauer-Ensemble „Hindenburgring-Nord“
Hier: Billigung der „Gestalterischen Leitlinien“

Mit 12 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, die in der Anlage beigefügten „Gestalterischen Leitlinien“ in der Fassung vom 17.10.05 als Beurteilungsgrundlage für diesbezügliche Bauvorhaben im Geltungsbereich (s. Anlage) anzuwenden.
3. Auf Empfehlung des Verwaltungs- und Bauausschusses vom 04.10.05 beschließt der Stadtrat die o. a. Leitlinien als Genehmigungsvorgabe.

6. Finanzielle Abwicklung des Haushaltsjahres 2005;
Zwischenbericht zum 30.09.2005

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer berichtet ausführlich über die bisherige finanzielle Abwicklung des Haushaltsjahres 2005. Er geht zunächst auf die Mehrausgaben (z. B. Gewerbesteuerumlage), die Minderausgaben (z. B. Schuldzinsen) bzw. die Mehr- oder Mindereinnahmen (Gewerbesteuer bzw. Kanalbenutzungsgebühren) im Verwaltungshaushalt ein. Geprägt sei das Haushaltsjahr 2005 bis zum diesen Zeitpunkt von der Ausgliederung der Stadtbetriebe. Im folgenden geht er näher auf die Einnahmen bzw. die Ausgaben im Vermögenshaushalt (Photovoltaikanlage Bauhof, Nordtangente, Veräußerung von Grundstücken) ein. Als nächstes berichtet er von der Abwicklung der Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgabereste aus den Vorjahren. Die Entwicklung der Rücklagen bzw. der Schulden bezeichnet er bislang als positiv. Ausblickend für das Jahr 2006 stellt er fest, dass sich die Situation im Verwaltungshaushalt normalisiert habe, was vor allem an dem schlechten Jahr 2004 liege (Kreisumlage, Schlüsselzuweisungen usw.).
- Auf die Gewerbesteuer, die Kanalbenutzungsgebühr bzw. die finanzielle Seite der Nordtangente geht Berufsmäßiger Stadtrat abschließend etwas genauer ein. Oberbürgermeister Moser weist ergänzend darauf hin, dass in der Sitzung des Stadtrats am 10.11.2005 ein Vertreter vom Ingenieurbüro Maier (beauftragtes Planungsbüro) anwesend sein und über die Problematik hinsichtlich der Nordtangente Auskunft geben werde.

B. Ohne Abstimmung

Von dem in der Anlage beigefügten Zwischenbericht zur Haushaltsabwicklung 2005 wird Kenntnis genommen.

7. Haushaltsüberschreitungen

Mit 12 : 0 Stimmen

Dem Antrag auf Genehmigung einer Haushaltsüberschreitung für das Rechnungsjahr 2005 bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VwHh:</u> 9000 8100	Gewerbsteuerumlage	557.500,00 €	416.805,00 €

wird stattgegeben.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei HSt. 9000 0030 - Gewerbesteuer.

8. Anfrage von 2. Bgmin. Gold

Verkehrstechnisches Gutachten Fa. Kerschensteiner

2. Bgmin. Gold bittet, die Angelegenheit hinsichtlich des verkehrstechnischen Gutachtens der Fa. Kerschensteiner nochmals auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 10.11.2005 zu setzen, da sie aufgrund der Information im Stadtrat am 20.10.2005 die Erschließung hierzu für nicht gesichert ansieht. Zudem hätte sie gerne die Rechtslage hierzu nochmals erläutert.

Rechtsrätin Schmöger erklärt, dass grundsätzlich bei einer Baugenehmigung die Erschließung gesichert sein müsse. Solange diese ein privates Grundstück betreffe, sei dies über die Baugenehmigung abzuwickeln. Betreffe es jedoch - wie in diesem Fall - öffentliche Flächen, dann müsste hierzu eine vertragliche Vereinbarung getroffen werden. Der Antragsteller hat sich bereit erklärt, die Kosten hierfür zu übernehmen. Sie erklärt, dass sie nun zusammen mit dem Bauamt versuchen werde, eine entsprechende Vereinbarung mit dem Antragsteller abzuschließen.

Oberbürgermeister Moser sichert abschließend zu, dass dann dem Stadtrat hierüber nochmals berichtet werde.

9. Anfrage von Stadtrat May

Sportförderrichtlinien im Internet

Stadtrat May bemängelt, dass die aktuelle Fassung der Sportförderungsrichtlinien nicht im Internet abgedruckt sei. Zudem habe er bemerkt, dass mehrere Veröffentlichungen im Internet nicht mehr Aktuell seien. Er bittet um Aktualisierung.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 20.37 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführer
gez.
Müller